

Rothenthurm : das kostenlose grüne "Wunder"? : Eine statistische Analyse der Abstimmung über die Rothenthurm-Initiative auf der Basis von 2920 Gemeinden

Autor(en): **Nef, Rolf**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizerische Zeitschrift für Soziologie = Revue suisse de
sociologie = Swiss journal of sociology**

Band (Jahr): **14 (1988)**

Heft 2

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-814666>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ROTHENTHURM : DAS KOSTENLOSE GRÜNE "WUNDER" ?

Eine statistische Analyse der Abstimmung über die Rothenthurm-Initiative
auf der Basis von 2920 Gemeinden

Rolf Nef

Soziologisches Institut der Universität Zürich
Birchstrasse 95, CH - 8050 Zürich

Nach der Überraschung offene Fragen ¹

Erstaunt waren viele, am Abend des 6. Dez. 1987, als die Annahme der Rothenthurm-Initiative feststand. Der in der Sache zuständige Bundesrat erklärte vor der Presse leicht resigniert, dass auf der Basis dieses Volksentscheides das Gelände des Rothenthurmer Moores für Ausbildungszwecke der Armee zwar verloren sei, dass aber ein Verzicht auf die ausserhalb dieses Gebiets liegenden Teile des Waffenplatzes schon aufgrund der bisher getätigten Investitionen "undenkbar" sei. In Rothenthurm hingegen feierte man den erfolgreichen Abschluss eines 15-jährigen Kampfes, an dessen dergestalt glimpfliches und zugleich siegreiches Ende wohl auch viele der direkt Betroffenen selbst bei allem Optimismus nicht ganz geglaubt hatten. Am Tag danach sprach die Presse von "einem Auftrag, der verpflichtet", von einem "Ja zum Naturschutz" - manchmal auch von einer "Denkaufgabe für die Armee". Und mitunter vermeinte man zumindest zwischen den Zeilen ein leises Erschauern darüber zu verspüren, dass trotz der erst vor kurzem bei den Wahlen bekräftigten grundsätzlichen Stabilität offensichtlich heute eine grüne Mehrheit gar bei einer Initiative im Bereich des Möglichen liegt.

Analysiert man in Erwartung weiterführender Erkenntnisse das Bestimmungsmuster des Votums pro Rothenthurm im Gemeindevergleich, so ist festzustellen, dass ausschliesslich *ein* Faktor von Bedeutung ist - die *Stärke der Linksparteien* : Je grösser der Stimmenanteil der Linken (inkl. der Links-Grünen) bei den letzten Nationalratswahlen, desto grösser der Ja-Stimmen-Anteil bei der Rothenthurm-Initiative (und umgekehrt). Weitere relevante Einflussfaktoren sind nicht auszumachen - weder die strukturelle Prägung

¹ Die hier präsentierte - am 13. Januar 1988 abgeschlossene - Analyse ist als eine auch für breitere Kreise zugängliche soziologische Interpretation eines aktuellen politischen Ereignisses konzipiert. Demzufolge wird auf die Ausbreitung von Literaturreferenzen etc. bewusst verzichtet. Vergleichbare aktualitätsorientierte Analysen sind bis jetzt zu folgenden weiteren Abstimmungsereignissen durchgeführt worden : Banken-Initiative, Atom-Initiative, Initiative "Recht auf Leben", Ehe- und Erbrecht, Vivisektions-Initiative, UNO-Beitritt, Mieterschutz und Asylgesetz.

der Gemeinden, noch die Lage im Stadt/Land-Gefälle, noch die sprachregionale Zugehörigkeit etc. tragen substantiell etwas zur Erklärung bei. Auch der Faktor "Betroffenheit", den man z.B. dadurch kontrollieren kann, dass alle Kleinregionen mit umstrittenen Waffenplatzprojekten versuchsweise aus der Analyse ausgeschlossen werden, bringt nichts Neues. Ist die Rothenthurm-Initiative so ein erstes (erfolgreiches) Beispiel für "neue" rot-grüne Volksmehrheiten in Sachfragen? Sind zunehmend auch Anhänger bürgerlicher Parteien in Sachfragen "grün destabilisiert"? Kann in nächster Zukunft bei hängigen umweltpolitischen Vorlagen mit grosso modo gleich grossen grünen Erfolgen gerechnet werden?

Dass dergleichen Fragen an dieser Stelle unbesehen bejaht werden können, wagen wir zu bezweifeln. Das eher überraschend deutliche Votum pro Rothenthurm bedarf so erst eigentlich noch der Dechiffrierung, wenn man sich nicht mit oberflächlichen Schlussfolgerungen zufrieden geben will. Dies erfordert eine etwas anspruchsvollere und komplexere Untersuchungsanlage, als dies in anderen Fällen notwendig ist.

Typen politisch-gesellschaftlicher Konflikte

Ausgegangen wird in dieser etwas komplexeren Untersuchungsanlage von der trivialen Tatsache, dass (auch) in der Schweiz unterschiedliche Typen politisch-gesellschaftlicher Konflikte vorliegen. In aller Munde ist seit einiger Zeit der Konflikt hinsichtlich der *Umwelt*. Will man hier unter bewusster Verwischung von Grautönen zwei Lager unterscheiden, so kann von ökologisch Orientierten oder *Ökologen* und von antiökologisch Orientierten oder *Antiökologen* gesprochen werden. Dieser Konflikt ist an sich nicht fundamental neu; er war in Spuren schon in politisch-gesellschaftlichen Auseinandersetzungen mitenthalten, als Umweltpolitik noch lange kein verselbständigtes Thema darstellte. Neu hingegen ist seine Prädominanz, sein Anspruch, die verschiedensten politischen und gesellschaftlichen Inhalte gültig - man könnte auch sagen: hegemonial - zu organisieren. Ausdruck dieses Anspruchs ist der Sachverhalt, dass der Konflikt in den letzten Jahren auch zum Kristallisationspunkt für Parteineugründungen resp -transformationen geworden ist (GBS, GPS / Autopartei).

Damit ist implizit der Bezug zu "älteren", der umweltorientierten Auseinandersetzung in ihrer Entstehung historisch vorauslaufenden, im Vergleich zu früheren Epochen möglicherweise weniger brisanten und visiblen, dadurch aber wohl noch lange nicht "aufgehobenen" Konflikten gesetzt. Ein wesentlicher Ausschnitt aus diesem Bereich bilden die *sozialen* Konflikte. Soziale Konflikte manifestieren sich relativ allgemein gesprochen in Auseinandersetzungen um ungleich verteilte soziale Güter, Lebenschancen und Rechte, um unterschiedliche "weltliche" Wert- und Normvorstellungen. Wenn hier jenseits weiterer Feinheiten zwei Lager zu benennen sind, so kann von Fortschrittlichen oder (*Sozial*)*Progressiven* und von Bewahren oder

(Sozial)Konservativen gesprochen werden. Die Begriffe sind zu geläufig, als dass sie hier noch weiter ausgedeutet werden müssten. Auch die Verparteilichungen dieser Konflikte sind bekannt : Linken (sozialprogressiven) Parteien stehen rechte (sozialkonservative) gegenüber.

Dass die zwei Konflikttypen, auf die wir uns hier wie im folgenden beschränken wollen, in der Realität nicht völlig voneinander isoliert, sondern mitunter stark vermischt oder verschränkt auftreten, liegt auf der Hand. So spricht man bezogen auf die schweizerische Parteilandschaft z B. von *linken* Grünen (GBS, auch Teile der SPS) ; von *bürgerlichen*, sozial eher konservativen, im Spektrum progressiv-konservativ aber im Prinzip nicht eindeutig verortbaren, Grünen (GPS) ; von *rechten* Grünen (Teile der Überfremdungsparteien, dazu auch Teile der SVP) etc. Derartige Unterscheidungen orientieren sich primär an Parteizugehörigkeiten, deren Stringenz hinsichtlich spezifischer Sachentscheide aber recht problematisch sein kann : Die sachpolitische Orientierung der Parteien ist schon darum nicht eindeutig und homogen, weil es in aller Regel von Sach- zu Sachbereich variierende, unterschiedliche interne "Flügelbildungen" gibt. Dazu kommt das Problem der räumlichen und zeitlichen Stabilität resp. Homogenität. - die Parteien sind in der Schweiz von wenigen Ausnahmen abgesehen mehr föderative Organisationen von recht autonomen Kantonalparteien denn national-integrierte politische "Kampfverbände" mit einheitlicher Ideologie.

Es ist somit unmissverständlicher und abstimmungsanalytisch sinnvoller, die beiden Konflikttypen resp. die auf diese bezogenen Orientierungsmuster direkt miteinander zu kombinieren. Aus diesem Vorgehen resultieren vier sozial- *und* umweltorientiert definierte Orientierungsmuster resp. - wenn man deren Verankerung in der Bevölkerung in Rechnung stellt - vier Fraktionen oder Gruppen :

		Umweltorientierung	
		antiökologisch	ökologisch
Sozial-Orientierung	progressiv	sozialprogressiv/ antiökologisch	sozialprogressiv/ ökologisch
	konservativ	sozialkonservativ/ antiökologisch	sozialkonservativ/ ökologisch

Potentiale und Entscheidungssituationen

Damit wird natürlich nicht behauptet, dass die relative Stärke der vier Fraktionen oder Gruppen konstant ist. Ganz im Gegenteil : Ob man sich ökologisch resp. antiökologisch oder sozialprogressiv resp. sozialkonservativ orientiert und artikuliert, hängt stark von den jeweils konkret involvierten *Konfliktivitäten* ab. Dementsprechend ist die relative Stärke der vier Fraktio-

nen oder Gruppen zumindest innerhalb einer gewissen Bandbreite variabel. In einer allgemeineren und dynamisch-offeneren Formulierung kann man so auch von vier sozial-/umweltorientiert definierten *Potentialen* sprechen - von Potentialen, die sich differentiell *mobilisieren* resp. *demobilisieren* lassen. Der Mobilisierungs- resp. Demobilisierungsgrad der Potentiale ist dann auf dem Hintergrund der involvierten Konfliktivitäten zu erklären und so zugleich eine Funktion derselben.

Damit wird *Konfliktivität* zu einer wichtigen und weiter zu diskutierenden Grösse. Konfliktivität hat einmal mit der realen und/oder wahrgenommenen "*Radikalität*" von politischen Projekten zu tun - zwei Beispiele aus dem Bereich der Sozialpolitik : Die Mutterschafts-Initiative ist eher ein "radikales" Projekt, die Vorlage über die 9. AHV-Revision hingegen sicher nicht. Konfliktivität äussert sich auch in unterschiedlichen *Akzeptanzquoten* - um bei den genannten Beispielen zu bleiben : Bei der Mutterschafts-Initiative votierten nur 15.8 % der Stimmenden auf Ja (also sozialprogressiv), bei der Vorlage über die 9. AHV-Revision hingegen 65.6 %, also mehr als viermal soviel. Die beiden Aspekte können stark miteinander verknüpft sein, müssen dies aber nicht unbedingt.

Von der im eingeführten Bezugsrahmen gesetzten Logik her betrachtet sind Situationen analytisch besonders produktiv, in denen am *gleichen* Abstimmungstermin (und damit von den *gleichen* Individuen) gleichzeitig über eine sozial- und über eine umweltorientierte Vorlage mit jeweils stark unterschiedlichen, am besten *polarisierten* Konfliktivitätsgraden zu entscheiden ist. In einer solchen Situation ist im Bereich *hoher* Konfliktivität das für vorwärtssweisende Veränderungen optierende Potential relativ betrachtet *minimal*, im Bereich *tiefer* Konfliktivität hingegen gleichzeitig *maximal* mobilisiert - und das Zusammenspiel der beiden Konfliktachsen, der sozial- und der umweltorientierten, wird der theoretischen wie empirischen Analyse optimal zugänglich. Genau eine derartige Entscheidungssituation findet sich nun in stark ausgeprägter Form am 6. Dez. 1987.

KMV : Sozialprogressive gegen Sozialkonservative

Bei der Kranken- und Mutterschafts-Versicherung (KMV) handelt es sich von der Entwicklungsgeschichte und vom Inhalt her betrachtet um eine *sozialorientierte*, eine sozialpolitische Kompromissvorlage mit reformerischer Absicht. Noch im Sommer, als der Gewerbeverband in gewohnt polternder Manier das Referendum ergriff, schien die Vorlage kaum gefährdet zu sein. Es sollte aber bald anders werden. Nach den Wahlen, in denen sozialpolitische Themen ob all der grünen Wendehoffungen und - befürchtungen nur eine völlig untergeordnete Rolle spielten und in denen die Linke empfindliche Verluste erlitt, begann es scheinbar plötzlich - aber nicht ohne eine gewisse innere Logik - auch in den mittleren bis unteren Rängen der bürgerlichen Bundesratsparteien zu rumoren. Speziell die Verbesserungen in Sa-

chen Mutterschafts-Versicherung seien systemwidrig und nicht akzeptierbar hiess es jetzt sogar von "Volks"vertretern, die im Parlament keinerlei grundsätzliche Opposition hatten verlauten lassen :

Zusätzliche Lohnprozente (in Tat und Wahrheit standen Promille zur Debatte) seien wirtschaftlich absolut nicht mehr tragbar und in Sachen Sozialabgaben sei die oberste Grenze erreicht. Von der Mutterschafts-Versicherung würden in erster Linie die oberen Einkommensklassen profitieren, es handle sich so um "*Schwangerschaftssubventionen für die Reichen*" (ein Unsinn, aufgrund dessen kurioser Logik man auch von der AHV, die für viele bekanntlich im Alter noch heute die Existenzgrundlage ist, behaupten könnte, sie nütze nur den Begüterten) etc. Und mitunter gipfelten die rühri-gen Blauäugigkeiten gar in ideologietiefenden Sentenzen der folgenden Art : "*Mutterschaft ist selbstverständlich wichtig für die Gemeinschaft, beruht aber glücklicherweise auf privater Entscheidung und Verantwortung... Man sollte die Geburt eines Kindes nicht zu einem staatlich subventionierten Ereignis machen*".

So wurde die KMV (präziser : die Teilvorlage Mutterschafts-Versicherung), die anfänglich auf einem breiten Konsens basierte und deren Konfliktivität so als eher klein einzuschätzen war, systematisch zu einem hochideologisierten Projekt mit dementsprechend hoher Konfliktivität aufgeblasen - zu einem Projekt, hinter dem schlussendlich mehr oder weniger geschlossen nur noch Mitte-Links- resp. fortschrittliche Frauenkreise standen. Letzteres verweist auf einen u.E. nicht unwichtigen Punkt : Vermutlich ging es vielen Eifernern speziell aus Gewerbekreisengar nicht in erster Linie um die zusätzlichen Lohnpromille (eine Regelung, von der gerade wirtschaftliche Bereiche mit einem hohen Frauenanteil per Saldo sogar noch profitiert hätten), sondern um die implizite arbeitsrechtliche Besserstellung der schwangeren Frauen (Ausdehnung des Kündigungsschutzes). Gerade dergleichen stösst bekanntlich dann, wenn konkrete Ansprüche begründet und nicht bloss allgemeine, vorerst noch sozial leere Rechtsnormen (vgl. "Gleiche Rechte für Mann und Frau") aufgestellt werden, noch schnell einmal auf zweierlei Widerstände : Auf *ideologischen* dort, wo der Ausbau der "Frauenrechte" infolge werttraditionaler Haltungen abgelehnt wird ; auf klar *interessengeleiteten* dort, wo man aus der möglichst wenig eingeschränkten Manövrierfähigkeit der Ware "weibliche Arbeitskraft" seinen Profit zieht. Dass sich beide Widerstände des öfters im Schulterschluss zusammenfinden, liegt auf der Hand.

Trotzalledem ist es doch erstaunlich, dass die KMV als behördliches Projekt nur gerade 28.7 % Ja-Stimmen und somit bloss ganze 12.9 % mehr als 1984 die von allem Anfang an fast chancenlose Mutterschafts-Initiative realisierte. Halten wir an dieser Stelle (die Diskussion um diese Vorlage, weil nicht im Zentrum der vorliegenden Analyse stehend, abschliessend) einen ersten Sachverhalt fest : Die *sozialorientierte* KMV wird von den Stimmenden als "radikales" sozialpolitisches Projekt wahrgenommen. Dementsprechend ist der Grad an sozialer Konfliktivität *hoch* und der kleinen Gruppe der *Sozialprogressiven* (28.7 % der Stimmenden) steht die bedeutend grössere Gruppe der *Sozialkonservativen* (71.3 % der Stimmenden) gegenüber. Dyna-

misch-offen formuliert mobilisiert die KMV somit das *sozialprogressiv* orientierte Potential relativ betrachtet *minimal*.

Rothenthurm : Ökologen gegen Antiökologen

Die Rothenthurm-Initiative thematisiert inhaltlich betrachtet einen ursprünglich lokal begrenzten Konflikt: Den Konflikt zwischen einem Grossteil der Rothenthurmer Bevölkerung, der sich gegen den Zugriff des Militärs auf Teile der Moorlandschaft zur Wehr setzte, und dem EMD, das allen Widerständen zum Trotz und teilweise mit eher fragwürdigen Praktiken unbeirrt an den Plänen für den Ausbau des Waffenplatzes festhielt. Ähnlich gelagerte Konflikte gab und gibt es auch in anderen Teilen der Schweiz, allerdings ohne dass sie bis jetzt je zu einem auch nationalen Ereignis geworden wären - vielleicht aus verschiedenen Gründen auch nicht haben werden können. In einer breiteren Perspektive betrachtet ist die Rothenthurm-Initiative ein (erfolgreiches) Beispiel für den zunehmenden kleinräumlichen Widerstand gegen die kritiklose Realisierung von "Infrastrukturen", die zwar angeblich im "nationalen Interesse" stehen, aber zugleich mit starken, sich speziell kleinräumlich auswirkenden negativen Inzidenzen belastet sind.

Die Gegner der Initiative hatten argumentativ keinen leichten Stand. Da musste einmal die Idee verkauft werden, dass die Erweiterung des Waffenplatzes Rothenthurm - nota bene des 41. in der Schweiz - für die Armee nützlich und notwendig sei und somit der Rothenthurmer Widerstand quasi gegen "nationale Interessen" verstosse. Sowohl der Nutzen wie die Notwendigkeit aber waren - trotz ausführlicher gegenteiliger Ausführungen in der entsprechenden Botschaft - alles andere als unumstritten. Mitunter äusserten selbst hohe Offiziere die Ansicht, dass auf den geplanten Ausbau wegen mangelnder Eignung des Geländes etc. gut und gerne verzichtet werden könne ohne dass dadurch die "Kampfkraft der Armee" in irgend einer Art und Weise gefährdet würde. In Ermangelung griffiger armeebezogener Argumente wurde man denn manchmal auch leicht nervös und behauptete kurz und bündig: *"Armeegegner haben sich mit der Rothenthurm-Initiative ein ökologisches Mäntelchen umgelegt"*. In diesem Zusammenhang z.B. forderte die Zürcher Offiziersgesellschaft die *"geschätzten Kameraden"* auf, vermehrt öffentlich Stellung zu beziehen, *"weil sich bisher eine klare politische Gegnerschaft gegen dieses antimilitärisch motivierte Ansinnen noch nicht zu Wort gemeldet"* habe - wieviele der *"geschätzten Kameraden"* darauf hin im gewünschten Sinne tatsächlich aktiv geworden sind, ist nicht bekannt.

Dem Argument: *"Militärische Nutzung und Landschaftsschutz schliessen sich nicht aus"* war wohl ebenfalls keine die Massen agitierende Überzeugungskraft beschieden. Aufgrund verschiedentlich gegenteiliger Erfahrungen, speziell auch in der Erinnerung an das vor noch nicht allzu langer Zeit durch die Armee veranstaltete "Luziensteiger Höhenfeuer" dürfte sich in

diesem Zusammenhang mancher die berechnete Frage gestellt haben : Muss der Bock wirklich zum Gärtner gemacht werden ? Alsdann wurde behauptet : "*Die Rothenthurm-Initiative ist überflüssig*" sowie "*Die Annahme der Rothenthurm-Initiative schützt die Moore nicht*" - und auf das revidierte Natur- und Heimatschutzgesetz, mit dem man der Initiative den Wind in Sachen Umwelt aus den Segeln nehmen wollte, verwiesen. Das revidierte Natur- und Heimatschutzgesetz verbessert tatsächlich den Schutz der Moore in der ganzen Schweiz, aber nur auf Basis *dieser* Rechtsgrundlage wäre das Rothenthurmer Moor nicht intakt erhalten geblieben. Dem Bau des Waffenplatzes wäre nichts Prinzipielles entgegengestanden, man hätte nur die geringfügig verschärften Vorschriften beachten müssen...

In welchem Ausmass das Votum pro Rothenthurm ganz präzise auch armeekritisch mitmotiviert war, darüber ist an dieser Stelle nicht zu entscheiden. Es ist aber stark zu vermuten, dass die Haltung gegenüber Armee und Landesverteidigung beim Urnengänger eine weitgehend untergeordnete Rolle gespielt hat. Zuwenig stand objektiv betrachtet für die Armee tatsächlich auf dem Spiel ; zu unsinnig waren die zwecks diffuser Stimmungsmache herumgeboteten "armeefeindlichen Vexierbilder" in dieser primär umweltproblemorientierten Auseinandersetzung, in der die Befürworter *zwei* ganz starke Umwelt-Trümpfe in den Händen hatten :

Zum *einen* war und ist die Moorlandschaft von Rothenthurm nicht bloss irgend ein Flecken Land, nach dessen Vernutzung man den Verlust zwar beklagen, aber möglicherweise anderswo noch Gleichwertiges in intaktem Zustand aufspüren könnte. Das Rothenthurmer Moor war und ist eine Landschaft von nationaler Bedeutung, etwas Einzigartiges - was dieses in der Situation der potentiellen Gefährdung zum emotional hochaufladbaren *Symbol* für die allgegenwärtige Zerstörung der Natur werden liess : "*Die unberührte Moorlandschaft (...) ist ein Naturwunder - wer sie gesehen hat, fühlt spontan und ergriffen : Diese Oase des Lebens muss geschützt werden*".

Zum *anderen* war die Rothenthurm-Initiative für niemanden mit irgendwelchen im Versteckten "lauernden" neuen sozialen Belastungen verbunden. Es war z.B. nicht implizit auch über mögliche neue steuerliche Belastungen im Zusammenhang mit Umweltschutzmassnahmen, über mehr oder weniger Staat in der Umweltpolitik etc. mitzuentcheiden. Dementsprechend war die *Konfliktivität* der Vorlage - obwohl es sich um eine Initiative handelte - eher *gering*. Wenn einem der Zustand der Umwelt aus welchen Gründen auch immer zu Sorgen Anlass gab und man auch zum Ausdruck bringen wollte, dass dagegen endlich etwas unternommen werden sollte, dann konnte man der Vorlage ohne grosses Abwägen und Zaudern zustimmen.

Damit kann an dieser Stelle ein *zweiter* Sachverhalt festgehalten werden : Die in erster Linie *umweltorientierte* Rothenthurm-Initiative wird von den Stimmenden nicht als "radikales" Projekt wahrgenommen. Dementsprechend ist der Grad an umweltorientierter Konfliktivität *gering* und der grösseren Gruppe der *Ökologen* (57.8 % der Stimmenden) steht die kleinere Gruppe der *Antiökologen* (42.2 % der Stimmenden) gegenüber. Dynamisch-offen

formuliert mobilisiert die Rothenthurm-Initiative somit das *ökologisch* orientierte Potential relativ betrachtet *maximal*.

Sozial-/umweltorientiert definierte Gruppen - empirisch

Am 6. Dez. 1987 hatten die Stimmberechtigten so gleichzeitig über zwei inhaltlich wie hinsichtlich Konfliktivität unterschiedlich geartete Vorlagen zu befinden : Zum einen über die *hochkonfliktive, sozialorientierte* KMV, auf der Basis derer sich Sozialprogressive und Sozialkonservative unterscheiden lassen ; zum anderen über die *tiefkonfliktive, umweltorientierte* Rothenthurm-Initiative, auf dem Hintergrund derer sich Ökologen und Antiökologen voneinander trennen lassen. Wie aber verteilen sich nun die Stimmenden auf die vier kombinierten, sozial- und umweltorientiert definierten Fraktionen resp. Gruppen ? M.a.W. : Ein wie grosser Teil der Stimmenden votierte z.B. sozialprogressiv und ökologisch ? Darüber, wie sich die Stimmenden je individuell gegenüber den beiden Vorlagen verhalten haben, darüber haben wir natürlich keine Informationen. Bekannt ist nur die Summe der je individuellen Ja -resp. Nein-Entscheidung bei den einzelnen Vorlage pro Gemeinde. Das heisst jedoch nicht, dass auf der Basis dieser kommunalen Zustimmungsquoten einerseits, der diskutierten Konfliktivitäten und Politisierungen der beiden Vorlagen andererseits nicht sehr plausible *Näherungshypothesen* über die kommunale Stärke der vier Fraktionen oder Gruppen möglich wären :

Alle Parteien links der bürgerlichen Bundesratsparteien sowie der Gewerkschaftsbund befürworteten sowohl die KMV wie die Rothenthurm-Initiative. Dass in dieser Anhängerschaft bei den "trotzigen" Befürwortern der KMV die schwach konfliktive Rothenthurm-Initiative in relevantem Ausmass auf Ablehnung gestossen wäre, ist sehr unwahrscheinlich - gefährdete die umweltorientierte Vorlage doch in keiner Weise weder Arbeitsplätze noch individuelle Freiheiten. Die nationalen Parolen der grossen bürgerlichen Parteien hingegen lauteten anders : Ja für die KMV, Nein zu Rothenthurm. Die Durchschlagskraft beider Empfehlungen aber war ganz offensichtlich sehr gering : Die (meist schon national eher schwach abgestützte) Ja-Option für die KMV wurde durch gegenläufige Parolen einer ganzen Reihe von Kantonalparteien schon vor dem Urnengang neutralisiert, wenn nicht gar ins Gegenteil verkehrt. Und das von der KMV schlussendlich erzielte skandalöse Resultat macht denn die Annahme doch sehr plausibel, dass nur sehr wenige bürgerlich Gesinnte dem sozialpolitischen Kompromiss trotz des Trommelfeuers ihrer "Parteigenossen" an der Urne die Stange gehalten haben. Auch die Nein-Empfehlung gegenüber der schwach konfliktiven Rothenthurm-Initiative blieb grösstenteils im Leeren hängen. Hätten hier nicht auch viele bürgerlich Gesinnte ein Ja eingelegt, die Rothenthurm-Initiative hätte es mit Bestimmtheit nicht geschafft. Es erscheint so plausibel, auch bei den Bürgerlichen davon auszugehen, dass (gerade) die (wenigen)

KMV-Befürworter die Rothenthurm-Initiative in sehr starkem Ausmass unterstützt haben.

Die Zahl der KMV-Befürworter *und* Rothenthurm-Gegner, also die Zahl derjenigen, die sozialprogressiv *und* antiökologisch votierten, war so aller Wahrscheinlichkeit nach sehr gering. Hätte es keine sich so artikulierenden Stimmbürger gegeben, so dürfte im Gemeindevergleich die KMV nirgends mehr Ja-Prozente realisiert haben als die Rothenthurm-Initiative². Diese empirische Bedingung ist tatsächlich in sehr, sehr hohem Grad erfüllt: Die Zustimmung zur KMV ist nur in sehr wenigen Gemeinden, die zusammen ca. 3 % der gesamtschweizerischen Stimmkraft umfassen, jeweils geringfügig grösser als die Zustimmung zur Rothenthurm-Initiative. Die Mehrzahl dieser z.T. eher kleinen Gemeinden liegt im sich in aller Regel sehr stark sozialprogressiv artikulierenden Kanton TI (% Ja KMV: 54.4 %). Jenseits dieser Spezialfälle, die wir hier nicht weiter diskutieren wollen³, ist damit eine zentrale Voraussetzung für die empirische Bestimmbarkeit von plausiblen Näherungswerten für die kommunale Stärke der vier Fraktionen oder Gruppen erfüllt. Diese können für die weitere Analyse so folgendermassen definiert werden:

- Der allergrösste Teil der KMV-Befürworter unterstützte gleichzeitig auch die Rothenthurm-Initiative. Unterstellt man die maximal mögliche (also vollständige) Übereinstimmung, dann ist die %-Stärke der *sozialprogressiv/ökologischen* Gruppe im Gemeindevergleich näherungsweise jeweils (vom Votum gegenüber der KMV aus betrachtet) im Maximum) so gross wie der %-Satz der KMV-Befürworter. Auf gesamtschweizerischer Ebene entfallen so 28.7 % der Stimmenden auf diese Gruppe. Sind alle KMV-Befürworter näherungsweise als gleichzeitige Befürworter der Rothenthurm-Initiative definiert, so ist die *sozialprogressiv/antiökologische* Gruppe implizit leer und damit näherungsweise auf den minimal möglichen Wert von Null gesetzt.
- Ein Teil der KMV-Gegner unterstützte die Rothenthurm-Initiative. Rothenthurm-Befürworter aber rekrutierten sich auch aus KMV-Befürwortern. Die %-Stärke der *sozialkonservativ/ökologischen* Gruppe ist damit im Gemeindevergleich näherungsweise jeweils (im Minimum) so gross wie der %-Satz der Rothenthurm-Befürworter vermindert um den

² Dies setzt implizit voraus, dass alle Stimmenden gegenüber beiden Vorlagen ausschliesslich ein Ja oder ein Nein in die Urne legen. Diese Zusatzbedingung ist empirisch natürlich nicht vollständig erfüllt, da bei der einen Vorlage ein Ja oder ein Nein, bei der anderen hingegen leer eingelegt werden kann. Da von Spezialfällen (bisher vor allem: Volksinitiativen mit gepaartem Gegenvorschlag) abgesehen dies nicht von grosser Bedeutung ist, ist der Quotient: gültige Stimmen Vorlage a / gültige Stimmen Vorlage b (oder umgekehrt) ein plausibler Testindikator für den Anteil "sich überkreuzender Leerstimmen". Dieser Indikator schwankt im vorliegenden Fall in fast allen Fällen zwischen .97 und 1.03, was die Verfälschung durch (partielle) Nichtentscheide zu einem vernachlässigbaren Sachverhalt macht.

³ Man könnte diese Gemeinden auch aus der weiteren Analyse ausschliessen, was wir aber aufgrund ihres geringen Anteils an der gesamtschweizerischen Stimmkraft nicht tun.

%-Satz der KMV-Befürworter. Auf gesamtschweizerischer Ebene entfallen so 29 % der Stimmenden auf diese Gruppe.

- Ein Teil der KMV-Gegner lehnte die Rothenthurm-Initiative ab. Da KMV-Befürworter per definitionem als Rothenthurm-Gegner entfallen und die Rothenthurm-Befürworter abschliessend definiert sind, ist die %-Stärke der *sozialkonservativ/antiökologischen* Gruppe im Gemeindevergleich näherungsweise jeweils (im Maximum) so gross wie der %-Satz der Rothenthurm-Gegner. Auf gesamtschweizerischer Ebene entfallen so 42.2 % der Stimmenden auf diese Gruppe.

Damit wird das Votum pro Rothenthurm empirisch in zwei sowohl für die theoretische wie die politische Diskussion relevante Komponenten "aufgespalten", was - so ist zumindest zu hoffen - auch eine differenziertere Interpretation des Rothenthurm-Ergebnisses als ganzen ermöglicht. Wenden wir uns so gleich den strukturellen, kulturellen und politisch-ideologischen Bestimmungsfaktoren der Verankerung der einzelnen Fraktionen resp. Gruppen zu.

Die Sozialkonservativen/Antiökologen

Da die %-Stärke der sozialkonservativ/antiökologischen Gruppe per definitionem mit dem Nein-Stimmen-Anteil bei der Rothenthurm-Initiative identisch ist, stimmt das Bestimmungsmuster formal mit dem am Anfang im Zusammenhang mit dem gesamten Ja-Stimmen-Anteil Diskutierten überein - es sind nur die Vorzeichen umzukehren. Demzufolge ist einzig die politisch-ideologische Prägung von Bedeutung: In Gemeinden mit einer hohen Wahlstärke der Linken optieren nur 33 % der Stimmenden sozialkonservativ/antiökologisch, also 9.1 % weniger als auf gesamtschweizerischer Ebene; in Gemeinden, in denen die Linke nur schwach verankert ist, hingegen 48.4 % (+ 6.2 %). Antiökologismus ist so in aller erster Linie durch die Links-Rechts-Teilung vermittelt; und die Antiökologen, die sich im Gros aus der Rechten rekrutieren, sind zugleich auch sozialkonservativ.

Wenn man davon ausgeht, dass umweltorientierte Politik in aller erster Linie auf einen verantwortungsvollen Umgang mit den knappen "Naturressourcen" zur Erhaltung resp. Wiederherstellung kollektiv gefährdeter Lebensgrundlagen und -qualitäten abzielt, dann ist klar, dass hier ohne gewisse Einschränkungen und Verzichtleistungen - aber auch neue Solidaritäten - nichts auszurichten ist. Dergleichen Ansprüche stossen aber bei den Sozialkonservativen schon im Bereich des Sozialen auf Ablehnung - verschwiegen denn im Bereich der Umwelt. Das hier angesprochene Konservative darf allerdings auf keinen Fall nur auf der Wertebene, also in Richtung auf Werttraditionalismus oder -konservatismus interpretiert werden. Wertkonservatismus und Ökologismus können mitunter ja auch gepaart auftreten. Zur Deutung des hier zur Diskussion stehenden Phänomens, das wir als *konservativ-integrierten Antiökologismus* bezeichnen wollen, ist vermutlich

eher eine zweite Komponente des sozialkonservativen Komplexes, die häufig mit der erstgenannten vermischt auftritt, heranzuziehen : Die Komponente des Strukturkonservatismus.

Dieser kann sich sehr verschieden, in scheinbar widersprüchlicher Art und Weise äussern. Der Kämpfer für die Aufrechterhaltung von Ehe und Familie als geschütztem Ort zur möglichst ungehinderten Entfaltung des pater familias - der "Anti-Individualist" - ist strukturkonservativ. Der gegen alles, speziell gegen auch nur dem Schein nach mit Einschränkungen verknüpfte staatliche Massnahmen für die Bewahrung der Ellbogenfreiheit agitierende Kleinunternehmer - der "Individualist" - ist es auch. *Eines* zumindest jedoch haben die beiden gemeinsam : Es geht u.a. um Macht ; es geht u.a. darum, dass die "Freiheit" des warum auch immer sozial "Fitteren" möglichst wenig beschnitten wird - selbstverständlich im legitimatorischen Glauben, dies leiste (auch) zur Entwicklung des Ganzen einen positiven Beitrag. Dass in einem derartigen Umfeld nicht nur die Aufforderungen zu sozialen sondern gerade auch zu "neuen" ökologischen Solidaritäten selbst dann noch bald einmal als störende Anheischungen wahrgenommen werden, wenn letztere real fast verpflichtungsfrei zu haben sind, ist nicht verwunderlich.

Dies primär auf mangelnde Einsicht in die Umweltproblematik, also auf noch nicht vollzogene problemorientierte "Aufklärung" zurückzuführen, wäre wohl nichts weiteres als ein optimistischer Kurzschluss. Nicht an der Fähigkeit zur Einsicht in die Zusammenhänge mangelt es, sondern am Willen, diesen auch ein realitätsadäquates Gewicht beizumessen. Und im Extremfall ist man so mitunter simpel mit dem Phänomen der Leugnung konfrontiert : Was nicht sein darf, ist nicht. So ist z.B. für die Autopartei das Waldsterben nicht - wie dies viele Untersuchungen nahelegen - auch in gewichtigem Ausmass durch die Immissionen des Strassenverkehrs mitverursacht, sondern *"in erster Linie als Folge von Klimaschocks, Überalterung und des Befalls mit biologischen Schädlingen"* zu interpretieren - womit die *"Propaganda gegen die freie Mobilität"* natürlich nichts anderes mehr im Schilde führt, als dem einzelnen in systemverändernder Absicht die *"Freiheit"* zu beschneiden...

Die Sozialprogressiven/Ökologen

Die %-Stärke der sozialprogressiv/ökologischen Gruppe variiert stark nach der strukturellen Prägung : In Gemeinden mit einem sehr hohen Angestelltenanteil (also am strukturell modernsten Pol) optieren unabhängig von anderen Einflussfaktoren 37.2 % der Stimmenden sozialprogressiv/ökologisch, somit 8.5 % mehr als auf gesamtschweizerischer Ebene ; in Gemeinden mit einem hohen Selbständigenanteil (also am strukturell traditionellen Pol) hingegen nur 20.6 % (- 8.1 %). Die %-Stärke der Gruppe hängt zudem in gewissem Ausmass vom kommunalen Gewicht der Linken ab : In Gemeinden mit einer starken Verankerung der Linken votieren

34.5 % der Stimmenden sozialprogressiv/ökologisch, also 5.8 % mehr als in der ganzen Schweiz ; in Gemeinden, in denen die Linke nur schwach verankert ist, hingegen 26.9% (- 1.8%). Schlussendlich leistet auch die sprachkulturelle Zugehörigkeit einen Beitrag zur Erklärung : Währenddem sich die deutsche und die welsche Schweiz voneinander kaum unterscheiden und nur schwach um den gesamtschweizerischen Wert streuen, weicht der italienischsprachige Landesteil massiv nach oben ab. 54.3 % der Stimmenden entfallen hier auf die Gruppe der Sozialprogressiven/Ökologen, also 25.6 % mehr als auf gesamtschweizerischer Ebene.

Nun ist dieses Bestimmungsmuster in der vergleichenden Abstimmungsanalyse nicht einzigartig. Es ist mehr oder weniger deutlich immer dann anzutreffen, wenn über Vorlagen, die wert-und/oder strukturbezogene Modernisierungen thematisieren, entschieden worden ist. Bei diesem Teil der grün Votierenden ist die ökologische Orientierung so eng verknüpft mit sozialorientiertem Wert- und Strukturprogressismus. Man kann auch sagen, dass hier die ökologische Orientierung - der "neue" Wert Umwelt - in die beiden "älteren" sozialen Orientierungsmuster integriert ist und quasi eine "moderne" Erweiterung und/oder Komplementierung derselben darstellt. Dieses Phänomen, das wir als *progressiv-integrierten Ökologismus* bezeichnen wollen, ist gegenüber der Umweltproblematik wertprogressiv in dem Sinne, in dem es den Horizont dessen, was für die Entwicklung der Gesellschaft in Zukunft von Bedeutung ist, ausweitet - und sich so vom "produktivistischen" Modell absetzt. Und strukturprogressiv insofern, als die Ausbeutung der Natur durch gleichermassen illegitime Machtrelationen charakterisiert erscheint wie soziale Ausbeutungs- resp. Ungleichheitsbeziehungen - womit die Frage : Wer profitiert vom "produktivistischen" Umgang mit der Natur ? resp. : Wie sind die aus diesem Verhältnis resultierenden Kosten sozial verteilt ? relevant wird.

Es ist unschwer zu erkennen, dass es sich hier konzeptionell um die "rot-grüne" Position handelt. Wenn - wie hier der Fall - das Verhalten gegenüber spezifischen Sachfragen als Basis für die Bedeutung dieser Position im Gemeindevergleich herangezogen wird, dann allerdings ist die Gewichtigkeit dieser Position alles andere als eine simple Funktion der Wahlstärke der Linken, sondern in hohem Ausmass durch Merkmale der strukturellen Lage bestimmt. Progressiv-integrierter Ökologismus ist so stark überdurchschnittlich in erster Linie nicht bei den Anhängern der Linken sondern in den hinsichtlich beruflichem Status und Bildungsniveau "modernsten" - strukturell in gewisser Hinsicht auch : privilegiertesten - Bevölkerungskreisen verankert. Diese Aussage wird empirisch gestützt durch den Sachverhalt, dass im Gemeindevergleich die %-Stärke der sozialprogressiv/ökologischen Gruppe in einem erweiterten Erklärungsmodell zu etwa gleich grossen Teilen durch die positionale *und* die bildungsniveaunale Gliederung der Erwerbstätigen bestimmt wird. Die Anhängerschaft des progressiv-integrierten Ökologismus rekrutiert sich so nicht ausschliesslich aus der "intellektuellen", bekanntlich stark grün orientierten Linken, sondern in nicht zu vernachlässigendem

Ausmass auch aus den Angestellten- und "Intellektuellen" Kreise der Mitte und der Bürgerlichen.

Auf *einen* Unterschied im Vergleich zum Bestimmungsmuster, das im Zusammenhang mit wert- und/oder strukturprogressiven Vorlagen in der Regel beobachtet werden kann, ist hier noch hinzuweisen : Auf die Tatsache, dass in den Gemeinden der welschen Schweiz die %-Stärke der sozialprogressiv/ökologischen Gruppe nicht deutlich *über* dem gesamtschweizerischen Niveau und zugleich *zwischen* dem (tieferen) Wert der deutsch- und dem (höheren) Wert der italienischsprachigen Schweiz liegt. Jenseits der durch die KMV gesetzten - vermutlich jedoch kaum entscheidenden - Besonderheiten mit sprachregionalem Bezug (speziell: Anti-KMV-Agitation unter dem Thema "Gefährdung der freien Arztwahl" etc. in der Westschweiz) widerspiegelt sich in diesem Muster die bekannte - aber leider noch kaum befriedigend erklärbare - verhältnismässig schwache Verankerung des grünen Gedankengutes in der Westschweiz. Ein Sachverhalt, der auch bei den letzten Nationalratswahlen, wo der explizit grüne Wähleranteil westlich der Saane in Abweichung vom gesamtschweizerischen Trend nur sehr geringfügig zunahm, zum Ausdruck gekommen ist.

Die Sozialkonservativen/Ökologen

Auch die %-Stärke der sozialkonservativ/ökologischen Gruppe variiert nach der strukturellen Prägung : In Gemeinden mit einem sehr hohen Angestelltenanteil (also am strukturell modernsten Pol) optieren unabhängig von anderen Einflussfaktoren nur 23.4 % der Stimmenden sozialkonservativ/ökologisch, somit 5.6 % weniger als auf gesamtschweizerischer Ebene ; in Gemeinden mit einem hohen Selbständigenanteil (also am strukturell traditionellen Pol) hingegen 35.9 % (+ 6.9 %). Die %-Stärke der Gruppe hängt weiter in gewissem Ausmass vom Kommunalen Gewicht der Linken ab : In Gemeinden mit einer starken Verankerung der Linken optieren 32.3 % der Stimmenden sozialkonservativ/ökologisch, also 3.3. % mehr als in der ganzen Schweiz ; in Gemeinden, in denen die Linke nur schwach verankert ist, hingegen 24.6 % (- 4.4 %). Schlussendlich ist auch die sprachkulturelle Zugehörigkeit für die Erklärung von Bedeutung : Währenddem in der deutschen und in der welschen Schweiz jeweils mehr oder weniger gleich viele Stimmenden sozialkonservativ/ökologisch votieren wie auf gesamtschweizerischer Ebene, ist dies im italienischsprachigen Landesteil nur gerade bei 4.5 % (- 24.5 %) der Stimmenden der Fall.

Die ökologische Orientierung ist somit bei diesem Teil der grün Votierenden tendenziell gerade dort stark überdurchschnittlich verankert, wo wert- und/oder strukturprogressive Vorlagen in der Regel auf stark unterdurchschnittliche Unterstützung stossen - also z.B. in den strukturell traditionellen Selbständigen-Gemeinden und, wie ein komplexeres BestimmungsmodeLL zeigt, speziell auch in Gemeinden mit einem tiefen formalen

Bildungsniveau der Erwerbstätigen. Die ökologische Orientierung ist damit verknüpft mit Wert- und Strukturkonservatismus. Zur Deutung dieses Sachverhalts gibt es verschiedene Möglichkeiten :

Eine *erste* Interpretation könnte behaupten, dass die ökologische Orientierung in diesem Bereich alles andere als "neu" und vorwärtsweisend, sondern simpel gleichermassen konservativ wenn nicht gar reaktionär strukturiert ist wie die soziale. An der Zerstörung der Natur wären so die gleichen Kräfte, die z.B. über die Gleichstellung der Geschlechter auch die "natürliche Ordnung" der Familie aus dem Lot zu bringen versuchen, am Werk. In diesem Zusammenhang könnte von *konservativ-integriertem Ökologismus* gesprochen werden - integriert insofern, als in dieser Konzeption davon ausgegangen wird, dass zwischen der "Ordnung der Natur" und der "natürlichen Ordnung" des Sozialen hochgradige Analogien bestehen resp. die Letztere die Erstere widerspiegelt resp. zu widerspiegeln hat. Dergestalt ist teilweise sicher das ökologische Votum aus "fundamentalistischen" Rechtskreisen sinnvoll zu deuten - gesamthaft betrachtet aber dürfte diese Interpretation nur von beschränkter Bedeutung sein.

Eine *zweite* Interpretation könnte behaupten, dass die ökologische Orientierung in diesem Bereich "neu" und vorwärtsweisend ist und sich aufgrund der hohen Gewichtigkeit der Umweltprobleme nun immer mehr auch in sozialkonservativen Kreisen durchsetzt. Dies hiesse, dass dem Kampf gegen die Zerstörung der Natur in zunehmendem Ausmass unabhängig von "Stand und Klasse" die absolute Priorität zugeordnet würde, die "alten" sozialen Konflikte immer mehr an Brisanz verlieren und infolgedessen in den Hintergrund der politischen Auseinandersetzungen rücken sowie sich schlussendlich über die "alten" sozialen Teilungen hinweg neue stabile Allianzen bilden würden. Das Ökologische wäre so implizit ein radikal "neues" Feld insofern, als dass in diesem weitgehend unabhängig von vorauslaufenden Konflikten über Gesellschaft "verhandelt" werden könnte und müsste. In diesem Zusammenhang wäre so sinnvollerweise nur noch von *Ökologismus* zu sprechen - das zusätzliche Attribut "sozialkonservativ" hätte keine Bedeutung mehr. Dergestalt ist sicher teilweise das ökologische Votum von bürgerlichen und rechten Grünen sinnvoll zu deuten - aber aufs Ganze bezogen zu behaupten, dass sich der Ökologismus schon zum neuen hegemonialen Ordnungs- und Interpretationsprinzip aufgeschwungen hätte, ist schon allein in Erinnerung an die eher kläglichen Debatten um das Waldsterben, um Tschernobyl und Schweizerhalle kaum sehr realitätsadäquat.

Somit ist die ökologische Orientierung im sozialkonservativen Teil der grün Votierenden gesamthaft befriedigend weder als Ausdruck konservativ-integrierter Vorstellungen noch als untrügliches Zeichen für einen grundsätzlich verstärkten Konsens in ökologischen Fragen jenseits "alter" Konflikte zu deuten. Wie denn aber ? : Entscheidend für die relativ grosse Unterstützung, die die Rothenthurm-Initiative auch bei sozialkonservativen Kreisen mobilisiert, ist u.E. in aller erster Linie der Sachverhalt, dass die Vorlage kaum mit *sozialen Inzidenzen* "gespickt" und so auch *sozial* durch eine *tiefe* Konfliktivität gekennzeichnet ist. Es kommen so keine soziale Solidaritäten

mit ins Spiel, und jeder, dem der Zustand der Umwelt aus irgendwelchen Gründen Sorge bereitet und der auch zum Ausdruck bringen will, dass dagegen *im Prinzip* etwas zu unternehmen sei, kann sich grün und ökologisch solidarisch artikulieren.

In wie grossem Ausmass in diesem Bereich auch dann ökologisch votiert wird, wenn umweltorientierte Vorlagen sozial stärker "belastet" sind, ist an dieser Stelle nicht zu entscheiden. Zumindest aber die Vermutung erscheint plausibel, dass die ökologische Orientierung in der sozialkonservativ/ökologischen Gruppe eher relativ *instabil*, relativ *diffus* ist - weshalb wir in diesem Zusammenhang von *konservativ-diffusem Ökologismus* sprechen wollen. Der Begriff des Diffusen ist auch darum angebracht, weil die %-Stärke der sozialkonservativ/ökologischen Gruppe im Gemeindevergleich im Gegensatz zu den beiden anderen Fraktionen durch die üblichen Faktoren empirisch gesamthaft betrachtet nur relativ schwach bestimmt ist und so als nur schwach "sedimentiert" und damit implizit auch als stark "verwundbar" interpretiert werden kann.

Votum pro Rothenthurm : Fehlschlüsse vermeiden

Wenn wir jetzt auf das ganz zu Beginn diskutierte Bestimmungsmuster des Votums pro Rothenthurm zurückblenden, so treten *zwei* Sachverhalte zu Tage :

- Da die Effekte seitens der strukturellen Prägung und der sprachregionalen Zugehörigkeit in der ökologisch votierenden sozialprogressiven und sozialkonservativen Gruppe jeweils weitgehend *komplementär* verlaufen, reduzieren sich diese Effekte dann quasi auf *Null*, wenn man die beiden Gruppen addiert und das Votum pro Rothenthurm gesamthaft analysiert. In der letztgenannten Betrachtungsweise kommt somit überhaupt nicht zum Ausdruck, dass sich das Ja zu Rothenthurm aus *zwei* politisch doch sehr *unterschiedlich* zu deutenden Komponenten zusammensetzt.
- Da sich die Wahlstärke der Linken in der ökologisch votierenden sozialprogressiven *und* sozialkonservativen Gruppe verstärkend auf die ökologische Orientierung auswirkt, *kumuliert* sich dieser Effekt dann, wenn man die beiden Gruppen addiert und das Votum pro Rothenthurm gesamthaft analysiert. Die letztgenannte Betrachtungsweise verleitet so einerseits zur doch eher *problematischen Folgerung*, die Annahme der Rothenthurm-Initiative sei in erster Linie ein Sieg der Linken, ein "rot-grüner" Durchbruch. Andererseits wird dadurch die Tatsache verdeckt, dass auch das ökologische Votum von links *nicht* homogen ist, sondern ebenfalls in eine sozialprogressive und eine sozialkonservative Komponente aufzugliedern ist.

Im folgenden wird das Abstimmungsgeschehen vom 6. Dez. nun abschliessend zu ausgewählten Vorlagen aus der Zeit 1983-1987 in Beziehung gesetzt. Dabei interessiert vor allem die Frage, was für Verknüpfungen im Gemeindevergleich zwischen der Verteilung der Stimmenden auf die drei sozial-/umweltorientiert definierten Gruppen und der Zustimmung zu den ausgewählten vorgängigen Vorlagen bestehen. Dies verschafft zum einen Informationen über die generelleren politischen Präferenzen der drei Gruppen - Präferenzen, über die im Laufe der Diskussion schon gerichtete Vermutungen geäussert worden sind. Zum anderen Informationen über die Stabilität resp. Unterscheidbarkeit der drei Gruppen in Entscheidungssituationen, die in ihrer Struktur mit derjenigen des 6. Dez. nur partiell übereinstimmen resp. zusätzliche Aspekte mit ins Spiel bringen. Wir beschränken uns umfangshalber auf zwei Vorlagentypen: Einerseits auf Vorlagen mit (auch) armeekritischem Bezug - um den armeekritischen Gehalt des Votums pro Rothenthurm hoffentlich weiter zu klären. Andererseits auf Vorlagen mit (auch) umweltpolitischem Bezug - um herauszufinden, wie über Ökologisches unter "erschwert" Bedingungen in letzter Zeit entschieden worden ist.

Armee und Landesverteidigung - kein Grund zur Besorgnis

Unter den Vorlagen mit (auch) armeekritischem Bezug ist einmal das *Rüstungsreferendum* (1987) anzuführen. Die inseratenmächtigen Gegner befürchteten eine entscheidende Schwächung der waffen- und ausrüstungstechnischen Modernisierbarkeit der Armee, die Gefährdung der Verlässlichkeit des "Waffenkäufers Schweiz" bei den Grosslieferanten im Ausland - ja die Unterminierung der schweizerischen Wehrfähigkeit überhaupt. Dass in relevantem Ausmass auch noch anderes zur Debatte stand - einmal generell die Mitsprachemöglichkeit des Volkes bei weittragenden Finanzentscheiden, dann aber auch die alte Frage: Wieviel Verteidigungs-, wieviel übrige Staatsausgaben? - wurde spätestens dann klar, als das Rüstungsreferendum ob all der "armeefeindlichen" Vermutlichkeiten doch eher schwach, nämlich mit immerhin 40.6 % Ja-Stimmen, abgelehnt wurde.

Immerhin: Es war in Abwägung verschiedener Gesichtspunkte auch über die "legitimen und notwendigen" Bedürfnisse von Armee und Landesverteidigung zu entscheiden - formal gleich wie am 6. Dez., allerdings gewichtiger, mit einschneidenderen potentiellen Folgen für Armee und Landesverteidigung als bei der Rothenthurm-Initiative. Dass letztere denn gesamtschweizerisch auch 17.2 % mehr Ja-Stimmen realisierte als das Rüstungsreferendum, ist so an sich nicht weiter verwunderlich und reflektiert simpel die Tatsache, dass konfrontiert mit dem Rothenthurmer Problem "*eine Mehrheit der Stimmbürger die Bedürfnisse des Umweltschutzes den Bedürfnissen der Armee vorangestellt*" hat (BR Koller). Damit ist implizit die erst eigentlich interessante Frage aufgeworfen: Wer hat beim Rüstungsreferendum die Bedürfnisse der Armee, bei der Rothenthurm-Initiative aber die Bedürfnisse

des Umweltschutzes priorisiert ? Im Zusammenhang mit dieser Frage bestehen im Gemeindevergleich folgende Regularitäten :

In Gemeinden mit einem hohen Gewicht der *sozialprogressiv/ökologischen* Gruppe realisiert das Rüstungsreferendum 47.7 % Ja-Stimmen, also 7.1 % mehr als auf gesamtschweizerischer Ebene ; in Gemeinden mit einer schwachen Verankerung der Sozialprogressiven hingegen nur 34 % (- 6.6 %). Im weiteren erreicht das Rüstungsreferendum in Gemeinden mit einem hohen Gewicht der *sozialkonservativ/antiökologischen* Gruppe nur 33.7 % Ja-Stimmen, also 6.9 % weniger als in der ganzen Schweiz ; in Gemeinden, in denen die Sozialkonservativen/Antiökologen schwach verankert sind, hingegen 51 % (+ 10.4 %). Demgegenüber besteht zwischen dem Ja zum Rüstungsreferendum und dem Gewicht der *sozialkonservativ/ökologischen* Gruppe *kein* systematischer Zusammenhang.

Das heisst, dass im Gemeindevergleich das Ergebnis des Rüstungsreferendums massgeblich durch die beiden einander polar entgegengesetzten der drei Gruppen "ausgehandelt" wird : Mit zunehmender Bedeutung der sozialprogressiven Gruppe steigt die Zustimmung, mit wachsendem Gewicht der sozialkonservativ/antiökologischen Gruppe hingegen verstärkt sich die Ablehnung - und die "Mitte", die sozialkonservativ/ökologische Gruppe, wird "zerrieben" resp. artikuliert sich ihrer Sozialorientierung folgend konservativ : Mit wachsendem Gewicht der sozialkonservativ/ökologischen Gruppe nimmt die Zustimmungsdifferenz zwischen dem Rüstungsreferendum und der Rothenthurm-Initiative stark zu. In den Gemeinden, in denen diese Gruppe einen sehr hohen %-Satz der Stimmenden auf sich vereinigt, realisiert das Rüstungsreferendum so z.B. 25.3 % weniger Ja-Stimmen als die Rothenthurm-Initiative (Gesamtschweiz : - 17.2 %).

Die gleichen Muster lassen sich auch im Zusammenhang mit der (zweiten) *Zivildienst-Vorlage* (1984) aufzeigen. Teilweise fallen hier die angesprochenen Tendenzen sogar noch deutlicher aus - was sicher damit zusammenhängt, dass das Thema "Wehrpflicht" stärker in den Kernbereich des Komplexes Landesverteidigung vorstösst als das Thema "Rüstungsfinanzierung". - Die Rothenthurm-Initiative verdankt ihre Annahme so in erster Linie dem *ökologischen* Votum eines Teils derjenigen, die sich dann, wenn Fragen der Armee und der Landesverteidigung *gewichtiger* (mit)thematisiert sind, durchaus "*armeefreundlich*" artikulieren. Der Sieg vom 6. Dez. gehört so wohl definitiv den Grünen und nicht den Armeegegnern.

Umweltpolitik - grün nur, wenn's nicht zu konkret wird

Unter den Vorlagen mit (auch) umweltpolitischem Bezug ist einmal die *Schwerverkehrs-Initiative* des VCS (VCS-Initiative) anzuführen. Ziel dieser Vorlage war die Erhöhung der Abgabenbelastung des Schwerverkehrs mit der Intention, die wachsende Umweltbelastung durch die "schweren Brummer" zu reduzieren und vermehrte Anreize für umweltfreundlichere Bahn-

transporte zu schaffen. Der - auch als Druckmittel hinsichtlich Detailentscheide bei der Feinmodellierung der "Koordinierten Verkehrspolitik" konzipierten - VCS-Initiative wurde u.a. vorgeworfen, sie kapriziere sich auf überstürzte Massnahmen in einem *Teil* der Verkehrspolitik, die ja gerade eben ganzheitlich neu definiert werde. Auch wenn dieser Einwand z.T. stichhaltig gewesen sein mag, so kreisten die Hauptargumente der Gegner doch in erster Linie um das, was in Sachen steuerliche Belastung des Schwerverkehrs immer wieder auf den Tisch kommt : Der Schwerverkehr berappe schon hinlänglich ein Grossteil der durch ihn verursachten sozialen Kosten. Weitere Abgaben seien illegitim und prohibitiv, gefährdeten die Substanz des Transportgewerbes sowie die Güterversorgung in den peripheren Regionen und würden im weiteren nur unsinnigerweise generell die Güter verteuern etc.

Dem *ökologischen* Argument wird hier offensichtlich ganz klar das *soziale*, das interessengeleitete ökonomische entgegengesetzt. Umweltpolitik ist gerade in Sachen Verkehrspolitik - will sie überhaupt etwas verändern - sozial "unbefleckt" nicht zu haben. Sie gerät sehr schnell in den Widerstreit unterschiedlich mächtiger sozialer Interessen, ja "provozierte" gar die Gründung einer dem Slogan "*Für mehr Freiheit !*" (auf den Strassen) sich verpflichtet fühlenden Partei. Gerade in Sachen Verkehrspolitik wohl primär darum, weil die individuelle Mobilität per Individualverkehr zu einem emotional hochgeladenen *Symbol* für Wohlstand, Freiheit und Unabhängigkeit geworden ist und somit Versuche zur Verordnung von (Selbst)Beschränkungen im kollektiven Interesse noch bald einmal auf den erbitterten Widerstand derjenigen stossen, für die derartige Massnahmen nichts anderes als einen grundsätzlichen Angriff auf die "Freiheit des Individuums", ja einen illegitimen Zugriff auf den Bereich des "Privaten" überhaupt darstellen.

Dass so bei Projekten vom Typ VCS-Initiative ob all der mitimplizierten sozialen Betrefflichkeiten trotz aller prinzipiellen "Sorge um die Umwelt" gut und gerne antiökologisch entschieden wird, liegt auf der Hand. Die VCS-Initiative realisierte denn im Dez. 1986 auch nur 33.9 % Ja-Stimmen, 23.9 % weniger als die Rothenthurm-Initiative. Werfen wir auch hier einen Blick auf die im Gemeindevergleich bestehenden Regularitäten :

In Gemeinden mit einem hohen Gewicht der *sozialprogressiv/ökologischen* Gruppe realisiert die VCS-Initiative 44 % Ja-Stimmen, also 10.1 % mehr als auf gesamtschweizerischer Ebene ; in Gemeinden, in denen die Sozialprogressiven/Ökologen nur schwach verankert sind, hingen nur 25.6 % (- 8.3 %). Im weiteren erreicht die VCS-Initiative in Gemeinden mit einem hohen Gewicht der *sozialkonservativ/antiökologischen* Gruppe nur 18.6 % Ja-Stimmen, also 15.3 % weniger als in der ganzen Schweiz ; in Gemeinden, in denen die Sozialkonservativen/Antiökologen nur einen kleinen Teil der Stimmenden umfassen, hingegen 38.2 % (+ 4.3 %). Zwischen dem Ja zur VCS-Initiative und der %-Stärke der *sozialkonservativ/ökologischen* Gruppe dagegen besteht nur ein sehr *schwacher* systematischer Zusammenhang.

Auch das Resultat der VCS-Initiative wird also weitgehend durch die beiden einander polar entgegengesetzten der drei Gruppen bestimmt : Mit

zunehmendem Gewicht der sozialprogressiv/ökologischen Gruppe steigt die Zustimmung, mit der wachsenden Verankerung der sozialkonservativ/anti-ökologischen Gruppe hingegen wächst die Ablehnung - und die "Mitte", die *sozialkonservative*, im Zusammenhang mit Rothenthurm *ökologisch* votierende Gruppe wird "aufgelöst" resp. artikuliert sich nun *antiökologisch* : Mit wachsendem Gewicht der sozialkonservativ/ökologischen Gruppe nimmt die Zustimmungsdifferenz zwischen der VCS- und der Rothenthurm-Initiative stark zu. In Gemeinden, in denen diese Gruppe einen hohen %-Satz der Stimmenden umfasst, realisiert die VCS-Initiative so z.B. 44.4 % weniger Ja-Stimmen als die Rothenthurm-Initiative (Gesamt Schweiz : - 23.9 %). Wenn das Ökologische also stark mit sozialen Betrefflichkeiten vermischt ist, dann bricht die ökologische Option dort weitgehend zusammen, wo sie mit einer sozialkonservativen Sicht der Dinge gepaart ist.

Die gleichen Muster lassen sich auch im Zusammenhang mit der Vorlage über die *Einführung der Schwerverkehrsabgabe* (1984) feststellen. Teilweise manifestieren sich die diskutierten Tendenzen etwas weniger deutlich - was damit zusammenhängt, dass das viel "sanftere" Projekt zumindest teilweise auch von bürgerlichen Parteien unterstützt wurde und das Thema noch nicht (belastet durch Retorsionsängste und Aktionsdrohungen des Transportgewerbes) mit dem Bann des potentiell "Systemwidrigen" belegt war. - Die Rothenthurm-Initiative verdankt so ihre Annahme in erster Linie dem *ökologischen* Votum eines grossen Teils derjenigen, die sich dann, wenn umweltorientierte Vorlagen *sozial stärker* "belastet" sind und nicht nur ein mehr oder weniger "leeres" Prinzip zur Debatte steht, durchaus auch stramm *antiökologisch* artikulieren können. Der Sieg vom 6. Dez. ist ein "weichgrüner", ganz sicher kein "hartgrüner".

Keine überspitzte Hoffnungen !

An das grüne, aber weitgehend kostenlose "Wunder von Rothenthurm" bruchlos Erwartungen auf gleichermassen grüne Erfolge bei demnächst zum Volksentscheid anstehenden umweltorientierten, aber sozial stärker "belasteten" Projekten (Kleeblatt-Initiativen, Tempo-Initiative, etc.) anzuknüpfen, ist somit sicher nicht gerade empfehlenswert. Es sei denn, man begehre abstimmungspolitisch unbedingt nach einer Neuinszenierung des Rührstücks "Hoffnungswahlen", in dem (zu) viele Interpreten ob all der sattgrünen Befragungsergebnisse die anvisierte "Wende" (ohne die Voraussetzungen für deren allfälligen erfolgreichen Vollzug präzise genug zu reflektieren) schon im Sack zu haben glaubten, um sich dann, als manches so ganz anders als erwartet verlaufen war, vom sichtlich dupierten Publikum schnell mit Erkenntnis-Höhenflügen vom Typ "*Die Angst war grösser als die Hoffnung*" zu verabschieden (bis zum nächsten Mal ?).

Trotzdem gibt es auch Zeichen begründeter Hoffnung oder - weniger pathetisch - Zuversicht : Diejenigen, die mit ihrem ökologischen Votum der

Rothenthurm-Initiative erst eigentlich zum Durchbruch verholfen haben, aber ansonsten bei sozial stärker "belasteten" umweltorientierten Vorlagen durchaus auch stramm antiökologisch votieren können, sind zumindest in Sachen *Kernenergie* Beschränkungslösungen gegenüber nicht systematisch abgeneigt: Die Zustimmungsdifferenz zwischen der (zweiten) Atom- und der Rothenthurm-Initiative steht im Gemeindevergleich in keinem systematischen Zusammenhang mit dem Gewicht der hinsichtlich grüner Orientierung eher instabilen sozialkonservativ/ökologischen Gruppe. Somit wenigstens eine Prise grüner Zuversicht in Sachen Moratoriums- resp. Ausstiegs-Initiative?

PS aus aktuellem Anlass: Während rund 20 Jahren haben sich Gutachter, Kommissionen und Politiker mit der verfassungsrechtlichen Neuordnung der schweizerischen Verkehrspolitik herumgeschlagen. Die Forderung nach "gleich langen Sojessen für Bahn und Strasse" wurde zum (positiven) Etikett für ein verkehrspolitisches Verfassungsprojekt, mit dem nach Jahrzehnten des forcierten Ausbaus des Verkehrsnetzes für den Privatverkehr nun auch vermehrt die Förderung des umweltfreundlicheren öffentlichen Verkehrs für sich und koordiniert mit dem privaten vorwärtsweisend geregelt werden sollte. Dass die "Koordinierte Verkehrspolitik" (KVP) nicht ganz unbestritten über die Bühne gehen würde, war zu erwarten - nicht unbedingt hingegen die Intensität und die Breite des gegnerischen Trommelfeuers: Die einen - die Distingierten - erklärten die Aera der Gesamtkonzeptionen kurzum für abgeschlossen und kritisierten die KVP als ein Stück furchtschwangerer "offener Verfassung". Die anderen - die Hemdsärmeligen - sprachen von einem unflätigen Fischzug auf das Geld der Automobilisten, von ausufernder Paragraphitis und von angeblich bevorstehenden massiven Freiheitsbeschränkungen (Titel eines Inserates: "Müssen wir in Zukunft die Wohnung mit der Bahn zügeln?"). Schlussendlich sprachen sich am 12. Juni 1988 noch 45.5 % der Stimmenden für die umweltverträglichere Neuordnung der schweizerischen Verkehrspolitik aus - nach all dem Beschuss (leider) schon fast ein Erfolg. Verknüpft man nun auf Gemeindeebene die KVP-Vorlage mit anderen Abstimmungen, so ist folgendes festzustellen: Zwischen dem Ja-Stimmenanteil der KVP-Vorlage und den Ja-Stimmenanteilen der beiden Schwerverkehrs-Abstimmungen bestehen sehr starke positive Korrelationen. Demzufolge folgt nicht nur das Entscheidverhalten bei den drei Vorlagen in wesentlichen Teilen der gleichen Logik (was in Sachen KVP noch detaillierter zu deuten sein wird), sondern es ist im Vergleich zur Rothenthurm-Initiative auch dieselbe "Absetzbewegung" der sozialkonservativ/ökologischen Gruppe zu beobachten wie oben in der Gegenüberstellung zu den Schwerverkehrs-Vorlagen analysiert. Also eine weitere Bestätigung für die postulierte instabile grüne Handlungsbereitschaft der sozialkonservativ/ökologischen Gruppe: Grün nur, wenns nicht zu konkret wird resp. nichts kostet.

Tabelle 1a Gewichtete multiple Varianzanalyse (2920 Gemeinden) - Rothenthurm-Initiative und sozial-
/umweltorientiert definierte Fraktionen nach strukturellen, kulturellen und politischen
Gemeindemerkmale

	% Ja ROT**	sozialprogressiv/ ökologisch		sozialkonservativ/ ökologisch		% Nein ROT
		% Ja KMV ***	% Ja ROT-% Ja KMV	% Ja ROT-% Ja KMV	% Ja ROT	
<u>Positionale Verteilung Erwerbstätige :</u>						
Selbständige	56.6	20.6	35.9		43.4	
Arbeiter/Selbständige	57.0	22.8	34.1		43.0	
Angestellte/Selbständige	55.8	25.6	30.2		44.2	
Arbeiter	57.8	25.4	32.3		42.2	
Arbeiter/Angestellte	57.3	24.7	32.6		42.7	
Angestellte/Arbeiter	56.6	27.1	29.4		43.4	
Angestellte	57.6	30.9	26.7		42.4	
Angestellte dominant	60.7	37.2	23.4		39.3	
beta	.16	.53	.40		.16	
<u>% Linksparteien NRW 1987* :</u>						
< 10 %	51.6	26.9	24.6		48.4	
10 % - 20 %	54.3	27.4	26.8		45.7	
20 % - 30 %	57.8	27.6	30.1		42.2	
30 % - 40 %	61.6	30.1	31.4		38.4	
> 40 %	67.0	34.5	32.3		33.0	
beta	.54	.24	.21		.54	
<u>Sprachregion :</u>						
deutsch + romanisch	58.0	28.1	29.8		42.0	
französisch	56.9	26.8	30.1		43.1	
italienisch	58.8	54.3	4.5		41.2	
beta	.06	.53	.47		.06	
MR ²	.34	.66	.37		.34	
MR	.59	.82	.61		.59	
% Gesamtschweiz	57.8	28.7	29.0		42.2	

* SPS + PDA + POC + PSA + GBS - ** Rothenthurm-Initiative - *** Kranken- + Mutterschaftsversicherung

Tabelle 1b Gewichtete multiple Varianzanalyse (2920 Gemeinden) - Rothenthurm-Initiative und sozial-
/umweltorientiert definierte Fraktionen nach strukturellen, kulturellen und politischen
Gemeindemerkmalen - Abweichungen vom gesamtschweizerischen Wert

	% Ja ROT**	sozialprogressiv/ ökologisch		sozialkonservativ/ ökologisch	% Ja ROT-% Ja KMV	sozialkonservativ/ antiökologisch	% Nein ROT
		% Ja KMV ***					
<u>Positionale Verteilung Erwerbstätige :</u>							
Selbständige	- 1.2	- 8.1		6.9		1.2	
Arbeiter/Selbständige	- .8	- 5.9		5.1		.8	
Angestellte/Selbständige	- 2.0	- 3.1		1.2		2.0	
Arbeiter	- .0	- 3.3		3.3		.0	
Arbeiter/Angestellte	- .4	- 4.0		3.6		.4	
Angestellte/Arbeiter	- 1.2	- 1.6		.4		1.2	
Angestellte	- 2.2	2.2		- 2.3		2.2	
Angestellte dominant	- 2.9	8.5		- 5.6		- 2.9	
beta	.16	.53		.40		.16	
<u>% Linksparteien NRW 1987* :</u>							
< 10 %	- 6.2	- 1.8		- 4.4		6.2	
10 % - 20 %	- 3.5	- 1.3		- 2.2		3.5	
20 % - 30 %	3.0	- 1.1		1.1		.0	
30 % - 40 %	9.1	1.5		- 2.4		- 3.8	
> 40 %		5.8		3.3		- 9.1	
beta	.54	.24		.21		.54	
<u>Sprachregion :</u>							
deutsch + romanisch	.2	.6		.8		.2	
französisch	.9	- 2.0		1.1		.9	
italienisch	1.0	25.6		- 24.5		1.0	
beta	.06	.53		.47		.06	
MR ^c	.34	.67		.37		.34	
MR	.59	.82		.61		.59	
% Gesamtschweiz	57.8	28.7		29.0		42.2	

* SPS + PDA + POC + PSA + GBS - ** Rothenthurm-Initiative - *** Kranken- + Mutterschaftsversicherung

Tab. 2 Gewichtete multiple Varianzanalyse (2020 Gemeinden) - sozialprogressiv und sozialkonservativ orientierte ökologische Fraktion nach strukturellen und politischen Gemeindefaktoren

	X Ja		X-Abweichung vom gesamt-schweizerischen Wert
	sozialprogressiv/ökologisch	sozialkonservativ/ökologisch	
	% Ja KMV **	%Ja ROT***- %Ja KMV	
Positionale Verteilung der Erwerbstätigen :			
Selbständige	23.0	32.8	3.8
Arbeiter/Selbständige	25.0	31.0	2.0
Angestellte/Selbständige	26.9	29.2	1.2
Arbeiter	27.2	30.0	1.0
Arbeiter/Angestellte	25.9	31.2	2.2
Angestellte/Arbeiter	28.0	28.4	-.6
Angestellte	29.8	28.1	-.9
Angestellte dominant	34.4	27.0	2.0
beta	.37	.18	.18
Bildungsverteilung der Erwerbstätigen :			
tief	24.7	33.7	4.7
tief-mittel	25.2	32.6	3.6
mittel-tief	27.3	27.6	- 1.4
mittel	29.7	29.0	1.0
mittel-hoch	32.5	26.2	3.8
hoch	30.0	28.1	1.3
beta	.34	.30	.30
Pro-Kopf-Einkommen in % CH-Wert :			
< 25 % CH		33.1	4.1
25 % - 50 % CH		30.2	1.2
50 % - 75 % CH		29.3	.3
75 % - 100 % CH		29.4	.4
100 % - 125 % CH		29.0	-.0
> 125 % CH		27.2	- 1.8
beta		.13	.13
X Linkspartien NRW 1987* :			
< 10 %	25.7	26.5	- 2.5
10 % - 20 %	26.7	27.5	- 1.5
20 % - 30 %	28.5	29.1	-.2
30 % - 40 %	30.5	30.7	1.8
> 40 %	33.6	33.3	4.3
beta	.22	.22	.20
MR ²	.54	.26	.26
MR	.74	.51	.51
% Gesamtschweiz	28.7	29.0	29.0

* SPS + PDA + PSA + GBS - ** Kranken- + Mutterschaftsversicherung - *** Rothenthurm-Initiative

Tabellle 3a Gewichtete multiple Varianzanalyse (2020 Gemeinden) - % Ja bei ausgewählten Abstimmungen nach der X-Stärke der sozial-umweltorientiert definierten Fraktionen

	Rüstungsreferendum (1987)	Zivildienstinitiativ (1984)	Schwerverkehrsabgabe (1984)	Schwerverkehrsabgabe (1986)	Atom-Initiative (1984)*
sozialprogressiv/ökologisch					
X Jb KHV	34.0	25.2	53.9	25.6	45.6
< 15 X	35.7	28.6	53.8	26.8	44.1
15 X - 20 X	38.6	32.1	54.0	28.7	44.7
20 X - 25 X	40.4	36.1	59.5	34.7	43.8
25 X - 30 X	42.2	39.6	62.0	36.6	43.5
30 X - 35 X	43.5	42.7	65.0	39.4	47.6
35 X - 40 X	47.7	45.5	66.4	44.0	50.8
beta	.42	.57	.41	.49	.22
sozialkonservativ/ökologisch					
X Jb - ROT	37.5	32.2	51.2	32.4	45.9
< 10 X	37.0	32.1	63.7	33.9	41.2
10 X - 15 X	39.6	34.7	64.5	36.4	42.8
15 X - 20 X	40.3	35.7	64.9	37.7	43.7
20 X - 25 X	39.8	35.7	59.6	35.0	45.2
25 X - 30 X	41.3	37.9	57.6	33.7	45.6
30 X - 35 X	42.0	37.5	53.8	30.9	46.1
35 X - 40 X	42.2	26.7	52.4	29.6	45.9
40 X - 45 X	41.0	33.7	51.0	27.0	45.0
beta	.14	.16	.34	.24	.11
sozialkonservativ/antiökologisch					
X Mein ROT	51.0	46.1	57.3	38.2	60.6
< 30 X	46.0	42.0	55.9	33.6	53.8
30 X - 35 X	42.9	38.3	63.8	38.0	48.6
35 X - 40 X	40.0	34.6	60.3	34.8	45.0
40 X - 45 X	36.5	32.7	57.0	30.9	40.0
45 X - 50 X	34.7	31.9	54.8	29.0	37.1
50 X - 55 X	34.0	32.9	50.2	25.4	37.1
55 X - 60 X	33.7	30.7	40.5	18.6	37.7
beta	.54	.42	.40	.39	.56
MRZ	.67	.71	.48	.66	.47
MR	.82	.84	.69	.81	.69
X Gesamtschweiz	40.6	36.2	58.7	33.9	45.0

* ohne die Gemeinden der Region "Kaiseraugst" - ** Kranken- + Mutterschaftsversicherung - *** Rothenthurm-Initiative

Tabelle 3b Gewichtete multiple Varianzanalyse (2920 Gemeinden) - % Ja bei ausgewählten Abstimmungen nach der X-Stärke der sozial-/umweltorientiert definierten Fraktionen - Abweichungen vom gesamtschweizerischen Wert

	Rüstungsreferendum (1987)	Zivildienstsinitiative (1984)	Schwerverkehrsabgabe (1984)	Schwerverkehrsabgabe (1986)	Atom-Initiative (1984)*
sozialprogressiv/ökologisch					
< 15 %	- 6.6	- 11.0	- 4.8	- 8.3	- .6
15 % - 20 %	- 4.9	- 7.6	- 4.9	- 7.1	- .3
20 % - 25 %	- 2.0	- 4.1	- 4.7	- 5.2	- 1.2
25 % - 30 %	- .2	- .1	.8	.8	- 1.5
30 % - 35 %	1.6	3.4	3.3	2.7	2.6
35 % - 40 %	2.9	6.5	6.3	5.5	5.8
> 40 %	7.1	9.3	7.7	10.1	
beta	.42	.57	.41	.49	.22
sozialkonservativ/ökologisch					
< 10 %	- 3.1	- 4.0	- 7.5	- 1.5	- .9
10 % - 15 %	- 3.6	- 4.1	5.8	.0	- 3.8
15 % - 20 %	- 1.0	- 1.5	2.5	2.5	- 2.2
20 % - 25 %	- .3	- .5	6.2	3.8	- 1.3
25 % - 30 %	- .8	- .5	1.1	1.1	- .6
30 % - 35 %	.7	1.7	- 1.1	- .2	1.1
35 % - 40 %	1.4	1.3	4.9	3.0	1.9
40 % - 45 %	1.6	2.3	6.3	4.3	.0
> 45 %	.4	- 2.5	- 7.7	- 6.9	
beta	.14	.16	.34	.24	-.11
sozialkonservativ/antiökologisch					
< 30 %	10.4	9.9	- 1.4	4.3	15.6
30 % - 35 %	5.4	5.8	- 2.8	.3	8.8
35 % - 40 %	2.3	2.1	5.1	4.1	3.6
40 % - 45 %	- .6	- 1.6	1.6	.9	.0
45 % - 50 %	- 4.1	- 3.5	- 1.7	3.0	- 5.0
50 % - 55 %	- 5.9	- 4.3	- 3.9	4.9	- 7.9
55 % - 60 %	- 6.6	- 3.3	- 8.5	8.5	- 7.9
> 60 %	- 6.9	- 6.1	- 18.2	- 15.3	- 7.3
beta	.54	.42	.40	.39	.56
MR ²	.67	.71	.48	.66	.47
MR	.82	.84	.69	.81	.69
% Gesamtschweiz	40.6	36.2	58.7	33.9	45.0

* ohne die Gemeinden der Region "Kaiseraugst" - ** Kranken- + Mutterschaftsversicherung - *** Rothenthurm-Initiative

Tabelle 4 Gewichtete einfache Varianzanalyse - Differenz % Ja bei ausgewählten Abstimmungen - % Ja Rothenthurminitiative nach der %-Stärke der sozialkonservativ/ökologisch orientierten Fraktion

	Rüstungsreferendum (1987) - ROT **	Zivildienst-Initiative (1984) - ROT	Schwerverkehrsabgabe (1984) - ROT	Schwerverkehrsabgabe (1986) - ROT	Atom-Initiative (1984)* - ROT
sozialkonservativ/ökologisch % Ja- ROT ** - % Ja KMV ***					
< 10 %	9.2	13.1	11.0	15.5	2.2
10 % - 15 %	12.1	14.5	12.1	16.8	10.2
15 % - 20 %	12.2	15.2	13.0	16.1	11.7
20 % - 25 %	14.8	18.0	10.6	15.0	13.0
25 % - 30 %	17.5	21.2	3.7	21.3	13.3
30 % - 35 %	17.8	21.5	-	25.8	13.4
35 % - 40 %	19.0	24.9	1.8	31.1	13.1
40 % - 45 %	21.3	29.4	11.3	35.1	13.8
> 45 %	25.3	35.9	20.5	44.4	14.8
beta	.52	.63	.62	.72	.27
%-Abweichung vom gesamtschweizerischen Wert					
sozialkonservativ/antiökologisch % Ja ROT - % Ja KMV					
< 10 %	8.0	8.5	10.1	8.4	10.6
10 % - 15 %	5.1	7.1	11.2	7.1	2.6
15 % - 20 %	5.0	6.4	12.1	7.8	1.1
20 % - 25 %	2.4	3.6	9.7	8.9	2.2
25 % - 30 %	-	.4	2.8	2.6	5
30 % - 35 %	.6	.1	-	1.9	6
35 % - 40 %	1.8	3.3	8.6	7.2	3
40 % - 45 %	4.1	7.8	12.2	11.2	1.0
> 45 %	8.1	14.3	21.4	20.5	2.0
beta	.52	.63	.62	.72	.27
% Gesamtschweiz	- 27.2	- 21.6	.9	- 23.9	- 12.8

* ohne die Gemeinden der Region "Kaiseraugst" - ** Rothenthurm-Initiative - *** Kranken- + Mutterschaftsversicherung